

## Presseinformation

### Neuer Mieter in der alten Hauptpost Studieninstitut sitzt ab April in der HWG-Zentrale

**Halle (Saale).** Im Dachgeschoss der Zentrale der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) im Hansering büffeln ab April Verwaltungsmitarbeiter in Aus- und Weiterbildungskursen. SIKOSA, das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e. V., hat den Sitz der Außenstelle Halle (Saale) in das Denkmal am Hansering verlegt.

Neben Geschäftsräumen werden vor allem sieben Schulungsräume in dem angemieteten Bereich eingerichtet. Zukünftig besuchen hier Beschäftigte der Kommunalverwaltung Lehrgänge und legen Prüfungen ab.

Am 19. April eröffnet das Studieninstitut gemeinsam mit Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados offiziell die neuen Schulungsräume.

Die HWG hatte die alte Hauptpost am Hansering umfangreich saniert und 2008 zum Sitz des größten halleschen Wohnungsunternehmens gemacht. Das bedeutende Denkmal ist heute ein modernes Verwaltungsgebäude.

#### Halle (Saale), 01. April 2010

##### „Unsere Aufgabe“

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG), gegründet 1922, bewirtschaftet rund 21 000 Wohnungen. Die städtische Gesellschaft ist als großes, standortprägendes Wirtschaftsunternehmen einer der stärksten Motoren des städtischen Wirtschaftskreislaufes. Bestandsinvestitionen, die Beteiligung am Stadtumbauprozess sowie soziales, kulturelles und sportliches Engagement stellen neben der Quartiersentwicklung im Sinne einer „Stadtrendite“ erhebliche Beiträge zur Vermögenssicherung, -entwicklung und Stadtqualität Halles dar. Eine bedeutende Rolle kommt der HWG in den nächsten Jahren auch bei der Sanierung des Stadthaushalts zu. Die HWG wird bis 2012 durch ein Leasingmodell, durch Grundstücksverkäufe und durch den Verkauf von Geschäftsanteilen insgesamt 142 Millionen Euro für den Abbau des städtischen Defizits erwirtschaften und damit einen Löwenanteil zur Gesundung der städtischen Finanzen beisteuern. Das Unternehmen trägt damit dazu bei, dass die Stadt handlungsfähig bleibt und wichtige infrastrukturelle Maßnahmen zum Nutzen der Bürger realisiert werden können.